

Frankfurt, 6. Juli 2016

PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,
Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

**Pressekonferenz zum Konsolidierten
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken
2015**

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Vorstandskollegen Dr. Andreas Martin, Gerhard Hofmann und ich freuen uns, Ihnen heute den **Konsolidierten Jahresabschluss 2015 der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken** vorstellen zu können. Und das am Finanzplatz Frankfurt, der – das zeigt sich ja auch in diesen Tagen deutlich – innerhalb Europas eine immer wichtigere Stellung einnimmt.

Erwirtschaftet haben das Ergebnis die 1.021 Genossenschaftsbanken, die DZ BANK, die WGZ BANK sowie die zentralen Produktspezialisten: also die drei Hypothekenbanken DG HYP, WL BANK und Münchener Hypothekenbank sowie die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die R+V Versicherung, die Union Investment, die VR-LEASING, die TeamBank und die DZ PRIVATBANK.

Mit einem konsolidierten Ergebnis vor Steuern in Höhe von 9,8 Milliarden Euro präsentiert sich die FinanzGruppe erneut als eine der ertragsstärksten Bankengruppen Europas. Durch deutliches Volumenwachstum im Kundengeschäft gelang es im Geschäftsjahr 2015, den Zinsüberschuss mit 20,0 Milliarden Euro nahezu auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Beim Provisionsüberschuss legte die Gruppe sogar um 331 Millionen Euro auf 5,8 Milliarden Euro zu. Daran können Sie schon sehen, wie gut die FinanzGruppe insgesamt unterwegs ist. Und darauf können wir angesichts der extremen Zinssituation stolz sein, auch wenn die Niedrigzinsphase künftig ohne Frage Spuren hinterlassen wird.

Das Ergebnis 2015 und die Verankerung in Wirtschaft und Gesellschaft, die sich an unseren 18,3 Millionen Mitgliedern zeigt, erlaubt der genossenschaftlichen FinanzGruppe in einer Zeit großer Herausforderungen, die sich bietenden Chancen im Markt aus einer soliden Wettbewerbsposition aktiv zu nutzen. Dass unsere Zentralbanken mit ihrer kürzlich beschlossenen Fusion einen weiteren bedeutenden Schritt für die Zukunftsfähigkeit der gesamten FinanzGruppe machen, freut mich umso mehr und lässt auch den einen oder anderen externen Beobachter ins Schwärmen kommen.

Meine Damen und Herren, Bankgeschäft findet nicht im luftleeren Raum statt. Auch wenn der Zeitplan und die Modalitäten noch nicht endgültig feststehen, ist bereits klar: Das britische Referendum zum Austritt aus der Europäischen Union (EU) ist eine gravierende Zäsur in der Geschichte Europas. Nicht nur, weil zum ersten Mal ein Land der EU den Rücken kehrt und mit London das weltweit größte Finanzzentrum den gemeinsamen Binnenmarkt verlässt. Sondern auch, weil das Votum der Briten für den **Brexit** als Zeichen zunehmender Skepsis an der Ausrichtung der Politik Europas verstanden werden muss.

Nun gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Referendum zu ziehen. Nicht nur für die künftige Zusammenarbeit mit Großbritannien, sondern auch für die Europäische Union selbst – und das durchaus auch mit historischem Bewusstsein. Die deutsche Bundeskanzlerin weist zu Recht darauf hin, dass die EU als Friedensidee entstanden ist und auch darauf, dass das europäische Gesellschaftsmodell mit den Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herausragend ist. Die aktuellen Auswirkungen von Konflikten und Kriegen am Rand Europas machen dies nur noch deutlicher. Das große europäische Projekt dürfen wir nicht fahrlässig verspielen.

Bis März 2017, dem 60. Jahrestag der Römischen Verträge, mit denen Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründeten, will die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten Überlegungen zur weiteren Entwicklung der EU vorlegen. Tatsächlich steht die EU vor riesengroßen Aufgaben. Viele Bürgerinnen und Bürger der EU haben das Vertrauen in die Brüsseler Politik verloren. Das ist nicht nur im Vereinigten Königreich so, sondern auch in anderen Ländern – leider auch in Deutschland.

Viele Menschen sorgen sich, dass die Europäische Union nicht die Probleme löst, die ihnen wichtig sind. Meinungsumfragen, wie etwa das von der Europäischen Kommission veröffentlichte Eurobarometer, zeigen, dass die Bürger Fragen der Einwanderung und der Bekämpfung des Terrorismus als die größten politischen Herausforderungen für Europa empfinden. Genau in diesen beiden zentralen Handlungsfeldern fiel es den Mitgliedsstaaten allerdings wegen der stark unterschiedlichen nationalen Interessen bislang schwer, gemeinsame Antworten zu finden. Erst danach nannten die Befragten die Wirtschaftslage und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Herausforderungen. Auch hier kann die EU bisher nicht liefern, liegt doch die Verantwortung für Reformen zuallererst in den Mitgliedsstaaten.

Trotzdem treibt die EU im Bereich der Wirtschaftspolitik die Integration weiter und weiter voran. Allerdings oftmals ohne die Bürger von der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen zu überzeugen. Das Ergebnis sind Debatten über die demokratische Legitimität Brüsseler Entscheidungen. Ein schlechtes Beispiel ist die geplante **europäische Einlagensicherung EDIS**. Unsere Meinung dazu kennen Sie ja.

Ich finde es daher falsch, wenn EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als Reaktion auf das Brexit-Votum mit der übereilten Forderung nach einer weiteren Übertragung von Kompetenzen nach Brüssel reagiert. Mark Twain würde sagen: „Nachdem wir das Ziel endgültig aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.“ Weiter so

und mehr davon kann aber nicht die Antwort auf die tiefgreifende politische Krise der EU sein, meine Damen und Herren. Auch der Vorschlag von Parlamentspräsident Martin Schulz, den EU-Rechtsrahmen durch den Ausbau der EU-Kommission zu einer europäischen Regierung grundlegend umzugestalten, löst keine Probleme, sondern verstärkt nur die Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Die EU-Institutionen müssen vielmehr ihre **Schwerpunkte neu justieren** und die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Wir brauchen mehr Subsidiarität in der EU und im Umkehrschluss eine Zentralisierung nur dort, wo sie zwingend notwendig ist. Mit dem Verzicht auf die von der EU-Kommission vorgeschlagene Vergemeinschaftung der Einlagensicherung EDIS könnte die europäische Politik ein deutliches Signal für eine Neuorientierung zur Stärkung der nationalen Verantwortung setzen. Trägt man den Sorgen der Bürger Rechnung, wäre wiederum bei der gemeinsamen Außenpolitik, im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus oder der Einwanderungspolitik mehr Gemeinsamkeit durchaus angezeigt. Europa kann es besser, meine Damen und Herren.

Auch bei der Überwachung der Schuldenregeln muss die EU endlich Kurs halten. Ich hatte Hoffnung, dass die Kommission hier einen glaubwürdigen Schritt macht und das seit vielen Jahren laufende Strafverfahren wegen überhöhter Haushaltsdefizite gegen Spanien und Portugal vorantreibt. Gestern allerdings nahm die Kommission in Straßburg wieder Abschied von ihrem Vorhaben, erstmals in der Geschichte der Währungsunion ein Strafmaß für Defizitsünder festzulegen. Stattdessen erhielten die Länder erneut mehr Zeit. Meine Damen und Herren, außerhalb von Brüssel mag es banal klingen: Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann die Politik in Europa nur, wenn die selbst gesetzten Regeln auch eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, werfen wir noch einen Blick auf die **Zinssituation in Europa**. Mit dem Brexit und den damit verbundenen Unsicherheiten wächst die Sorge, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre extrem expansive Geldpolitik noch weiter verlängert. Dabei sollte der Brexit eher Anlass sein, den geldpolitischen Kurs zu überdenken. Der messbare Nutzen negativer Zinsen für die Konjunktur ist – wenn es ihn überhaupt gibt – gering. Das belegen auch die Analysen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, einer Organisation, deren Kompetenz als „Bank der Zentralbanken“ außer Frage steht. Der Schaden der extremen Niedrigzinspolitik allerdings ist beträchtlich: Er äußert sich auch in verunsicherten Bürgern, die diese verkehrte Welt nicht verstehen können. Meinungsumfragen der EU-Kommission zeigen, dass die EZB bei den Europäern eher Misstrauen als Vertrauen auslöst. Auch das sollte nachdenklich stimmen.

Die Spielräume für eine weniger expansive Geldpolitik sind 2017 jedenfalls da, wenn es gelingt, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU in einem geordneten Rahmen abzuwickeln. Die Erholung im Euroraum geht langsam voran. Das Wirtschaftswachstum wird gleichermaßen von Konsum, Investitionen und der Außenwirtschaft getragen. Der Ölpreis dürfte sich oberhalb der Marke von 50 Dollar pro Barrel stabilisieren. Die Inflation wird sich im kommenden Jahr mehr und mehr normalisieren und auch die Arbeitslosigkeit geht langsam aber stetig zurück.

Der Aufschwung in Deutschland ist fest verankert. Natürlich wird der Brexit Spuren hinterlassen. Wir haben BVR-seitig daher unsere Wachstumsprognose für Deutschland im Jahr 2017 um 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 Prozent heruntergestuft. An der soliden deutschen Binnenkonjunktur mit dem privaten Verbrauch als Wachstumsmotor wird sich durch den Austritt Großbritanniens aber nichts grundlegend ändern. Unsere Prognose beruht auf dem politischen Szenario, dass Großbritannien und die EU mit Blick auf Handel und Produktion wirtschaftlich vernünftig handeln und zügig auf eine neue Außenbeziehung beider Volkswirtschaften hinarbeiten. Eine Hängepartie können sich weder Großbritannien noch die EU leisten. Anhaltende Unsicherheit wäre Gift für die Investitionen.

Schlussendlich wird vor allem auch der britische Finanzsektor ein großes Interesse daran haben, weiter Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu erhalten. Allerdings gehört dazu nicht nur die Kapitalverkehrsfreiheit, sondern unter anderem auch die von Großbritannien abgelehnte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier gebietet es die Fairness, die Briten nicht besser zu behandeln als zum Beispiel die Norweger. Der Zugang zum Binnenmarkt darf kein Wunschkonzert sein.

Meine Damen und Herren, die nächsten Tage und Wochen bieten sicherlich noch viel Spannung auch mit Blick auf das **neue politische Personal in der EU**. Am heutigen Tag muss sich der Lette Valdis Dombrovskis, der die Finanzthemen in Nachfolge des britischen Finanzmarktkommissars Lord Hill übernehmen soll, in Straßburg einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments stellen. Auch EDIS wird hier bestimmt eine Rolle spielen. Ich setze auf eine gute Zusammenarbeit mit Herrn Dombrovskis. Die EU-Kommission sollte sich, das ist mir wichtig, auch unter neuem Kommissar dem ursprünglich deutsch-britischen Vorstoß für eine „Small Banking Box“ verpflichtet fühlen, die regulatorische Erleichterungen für kleine und mittlere Banken möglich machen soll. Die Konsultation „Sondierung EU-Regulierungsrahmen für Finanzdienstleistungen“ läuft und muss nun konkrete Ergebnisse hervorbringen. Auch in Berlin hat das Bundesfinanzministerium ja noch einmal eine umfassende Untersuchung zur regulatorischen Belastung angekündigt.